

30. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. März 1954

148/J

A n f r a g e

der Abg. H e r z e l e, Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend Verkehrserziehung der Schuljugend.

-.-.-.-

Das Landesgendarmeriekommando Kärnten hat bekanntgegeben, daß in Kärnten (ohne Villach und Klagenfurt) in den Monaten September, Oktober 1953 bei 45 Unfällen insgesamt 48 Kinder im Alter von 3 - 14 Jahren verletzt wurden. In allen Darstellungen der um eine Verringerung der Verkehrsunfälle bemühten Behörden und Vereinigungen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Unkenntnis und Nichtbeachtung der Verkehrsvorschriften durch die Verkehrsteilnehmer eine Hauptursache der hohen Unfallsziffer ist.

Es wäre zu verlangen, daß jeder, der eine öffentliche Straße - wenn auch zu Fuß - berührt, wenigstens über die primitivsten Verkehrsvorschriften unterrichtet ist. Wie jeder Mann sich mit eigenen Augen überzeugen kann, ist die Unkenntnis des größten Teiles der Bevölkerung in diesen Belangen erschütternd. Eine wirksame Abhilfe könnte unter Mitwirkung der Schulen geschaffen werden, damit wenigstens die Schuljugend, die, wie eingangs festgestellt, maßgeblich von Verkehrsunfällen betroffen ist, eine durchgreifende Verkehrserziehung genießt. Es ist bekannt, daß gerade die Jugend für den Gedanken der Motorisierung sehr aufgeschlossen ist. Ein Unterricht, der die Grundkenntnisse gewisser Verkehrsvorschriften vermittelt, wird daher zweifellos von Erfolg begleitet sein.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e

Ist der Herr Bundesminister bereit, Verkehrserziehung in den Lehrplan der öffentlichen Schulen obligat aufzunehmen, um einen entscheidenden Beitrag zur Minderung der Verkehrsunfälle zu leisten?

-.-.B.-.-.-